

Schlaglochverkauf: Einfallsreichtum oder Bankrotterklärung?

Die Finanznot der Kommunen treibt die Bürgermeister zu äußerst skurrilen Ideen, doch was auf den ersten Blick kreativ zu sein scheint, ist mehr ein Armutszeugnis

Der Bürgermeister von Niederrimmern ist in die Schlagzeilen geraten – positiv selbstredend: Die Gemeinde hat wie nahezu alle in Thüringen kein Geld, um die vom Winter hinterlassenen Schlaglöcher zu beseitigen. Nun soll es nach herrschendem Politikverständnis schlechte Straßen ja nur in der DDR gegeben haben, was natürlich gemeinhin die Frage geradezu aufdrängt, warum bundesdeutsche Fahrbahnen mindestens genauso, wenn nicht noch schlimmer in Mitleidenschaft gezogen werden. Zur Erinnerung – den Bürgerinnen und Bürgern der DDR wurde bekanntlich stets und ständig eingeredet und so manche und mancher redete sich das auch selbst ein, dass in der kapitalistischen BRD alles besser, alles schöner, alles größer und natürlich auch viel großartiger sei. Das hat sich bereits 1990 als bewusst und in voller Absicht in die Welt gesetztes Propagandamärchen erwiesen, doch das soll nur nebenbei erwähnt werden. Niederrimmern hat wie eben die meisten anderen Gemeinden kein Geld für die notwendigen Reparaturarbeiten. Also hatte der Bürgermeister die großartige Idee, Schlaglöcher meistbietend zu verkaufen und die, durch den Kauf die Reparatur Bezahlenden, anschließend durch Verewigung ihrer Namen im Straßenpflaster gebührend zu würdigen, jedenfalls so lange, bis der nächste Winter dort ein neues Schlagloch hinterlässt. Nun, für diesen und alle weiteren Fälle könnte ja eine Art Patenschaftsvertrag oder gar ein Gewährleistungsvertrag abgeschlossen werden. Gab es in der DDR bei zweimaliger Verleihung der Auszeichnung „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ eine Doppelspange als äußeres Zeichen, wird sich diesem Vorbild gemäß auch dafür etwas Dementsprechendes finden lassen. Doch lassen wir den Sarkasmus nun beiseite und widmen wir uns der bitteren Wirklichkeit: Die Idee des Bürgermeisters ist nicht als ihm

persönlich anzulastende Skurrilität oder Lächerlichkeit abzutun, nein, sie ist Ausdruck seiner Verzweiflung und damit die Bankrotterklärung nicht nur für die Thüringer, sondern gleich für die gesamte bundesdeutsche Kommunalpolitik. Während Millionen und

Koch, CDU) Klarheit auszudrücken, ein paar Klitschen übrig geblieben. So ist für die „Große kreisangehörige Stadt“ seit Jahren nicht mehr die Gewerbe-, sondern die Hundesteuer die wichtigste Einnahmequelle. Das muss man sich einmal auf der Zunge zerge-



Milliarden unter anderem für Kriege sowie die Rettung von durch eigene Schuld in die Pleite geratenen Großbanken sinnlos verschleudert werden, versuchen sich die verantwortlichen Politiker durch Abwälzung von immer mehr Aufgaben auf die Kommunen Luft zu verschaffen. Denen steht jedoch auf Grund der genannten obrigkeitlichen Mittelverschwendung keine angemessene Finanzierung zur Verfügung und die eigenen Einnahmequellen sind dank treuhändlicher Deindustrialisierungspolitik seit 1990 stetig ausgetrocknet worden. Wer es nicht glaubt, sehe sich nur einmal Ilmenau an: Von den einstigen Großbetrieben mit zusammen rund 9.000 Arbeitsplätzen sind dadurch, um es mit der „brutalstmöglichen“ (Originalton Roland

hen lassen! Lächerlicher, vor allem aber trauriger geht es nicht mehr. Und da stellt sich Frau Lieberknecht hin und singt in höchsten Tönen Loblieder auf die nun 20 Jahre zurückliegenden angeblich „ersten freien Kommunalwahlen“ in der DDR. Gesetzt dem Fall, die Ereignisse vom Herbst 1989 wären auch bei völlig korrekter Auszahlung der nun flugs für „ungültig“ erklärt und pauschal als „gefälscht“ verdammt Kommunalwahlen so verlaufen worden, denn: Es ging auch und vor allem darum, die noch von der PDS gestellten Kommunalpolitiker aus den Ämtern zu entfernen. Und da, wo die Dinge nicht so liefen wie gewünscht, wurde mit faulen Tricks nachgeholfen.

Man denke nur an Großbreitenbach, wo der bisherige Bürgermeister Frank Kuschel meines Wissens nach als Einzelperson die meisten Stimmen erhalten hatte. Die unheilige Allianz aus gewendeten Blockparteien, SPD und was damals sonst noch alles in der Stadt existierte, ließ die Bürgermeisterstelle „ausschreiben“ – ein bis dahin völlig unbekannter Vorgang. Dass die Herrschaften unter keinen Umständen einen Linken auf dem Bürgermeistersessel haben wollten, bewies ihr Zuschlag für den aus Kiel/BRD in die DDR importierten CDU-Bewerber Albin Hirneiß. Welchen Bären dienst diese unheilige Allianz in ihrem blindwütigen Antikommunismus der Stadt erwiesen hatte, machte die Tatsache deutlich, dass sich seine eigene Partei nach nicht einmal drei Jahren Amtszeit gezwungen sah, diesen Bürgermeister abwählen zu lassen. Nicht nur dieses Beispiel macht deutlich, dass die Elogen von Frau Lieberknecht völlig unangebracht sind. Angebracht ist dagegen eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen und das geht eben nur unter Verzicht auf die oben genannte sinnlose Mittelverschwendung, sollen nicht noch weitere Bürgermeister zu solch abstrusen Verzweiflungstaten gezwungen werden. Das erinnert übrigens an den „Schneeverkauf“ in Steinach, weil das Geld für den Winterdienst nie ausreicht. Ein paar Schlaglöcher könnten im übrigen schon repariert werden, würde der so gar nicht im „Ruhestand“ befindliche, sondern beim Magna-Konzern auskömmlich besoldete Dieter Althaus auf seine monatlich 8.400 Euro „Ruhegehalt“ verzichten. Ein solcher Verzicht könnte seine Diäten als Abgeordneter gleich mit einschließen, denn auf die ist er auch nicht angewiesen. Eine Gemeinde wie Niederrimmern kann dieses Geld besser gebrauchen.

Hans-Joachim Weise

Fotomontage: Uwe Pohlitz

Tagebucheintrag eines neunjährigen Kindes zum 8. Mai 1945

„Heute um Mitternacht ist der Krieg zu Ende. Das heißt bedingungslose Kapitulation. Die Kirchenglocken läuten. Es ist endlich Frieden. Das ist ein schwerer Tag für alle Deutschen.“

Wie kommt das neunjährige Kind in diesem Augenblick zu dem Urteil, der 8. Mai sei ein „schwerer Tag für alle Deutschen“?

Der Vater hoffte jeden Tag, dass die Amerikaner uns endlich befreien würden. Er sagte „befreien“. Die Mutter betete jeden Abend, dass sie alle mit dem Leben davorkämen. Das Kind hatte nichts als Krieg erlebt seit seinem dritten Lebensjahr. Die Familie wurde in Düsseldorf ausgebombt, hatte alle Habe verloren, schwere Phosphorverbrennungen hatten sie erlitten, Monate nur im Keller zugebracht, ein Bombensplitter den rechten Oberschenkel des Kindes zerfetzt... Was also brach-

te es dazu, zu schreiben der 8. Mai sei ein „schwerer Tag für alle Deutschen“ – für es selbst also auch?

Das neunjährige Kind war ich, bin ich. Nach Jahrzehnten fand ich das Tagebuch wieder, das kein heimliches, privates Mädchentagebuch war, sondern ein Pflichttagebuch. Jeden Tag musste ich eine Seite vollschreiben und das Heft am Ende der Woche dem Vater vorlegen.

Das Tagebuch sollte die Hausaufgaben der Schule ersetzen, die es seit Monaten nicht mehr gab. Beim Wiederlesen zusammen mit den Eltern stießen wir auf den „schweren Tag“ und mein Vater meinte, es sei wohl Angst gewesen, die mich dies habe schreiben lassen. Die Angst vor dem, was nun kommen würde: Strafe, Rache, Vergeltung... Groß war unsere Sehnsucht nach Frieden und die Hoff-

nung auf Befreiung – groß aber auch die Unsicherheit, was die Sieger machen würden mit uns. Und fast ungläubig stellten wir von Jahr zu Jahr an jedem 8. Mai fest, wie gut mit uns umgegangen wurde, wie schonend – wie auf die Zukunft setzend. In meiner Familie war die Erfahrung der totalen Niederlage ein Glück. Endlich konnte, durfte ein neues Leben beginnen. Ein Geschenk, das wir vielleicht gar nicht verdient hatten, das wir eigentlich nur annehmen konnten, in dem wir neu dachten im demokratischen Sinn, in den Pflicht – und Rechtspositionen von Verfassungen. Vor allem dachten, wie in anderen Ländern gedacht wurde – und so auch lebten. Weg von allem Nationalen.

Für meine Familie und mich blieb der 8. Mai der Feiertag im Jahr – entgegen der allgemeinen Stimmung in

der Adenauer-Republik. Mein Vater hat mich früh gelehrt, die Widerstandskämpfer zu ehren und die Desserteure und in den Siegern unsere Hoffnung zu suchen.

Nach den allerersten Nachkriegsjahren wurde das übrigens immer schwieriger. Um uns herum veränderte sich die Sichtweise. Wir wurden wieder „wer“.

Wir wurden sogar Liebling der Amerikaner. Krieg und totale Niederlage rückten in den Schatten der Geschichte. Und es bedurfte einer Bundespräsidentenrede vom 8. Mai 1985, damit der Begriff der Befreiung überhaupt wieder in die öffentliche Diskussion kam. Heute wird es höchste Zeit aus dem 8. Mai einen nationalen Feiertag zu machen, einen „schweren Feiertag“ – gerade deshalb so wichtig.

Dr. Luc Jochimsen